

Deutlich weniger Firmenpleiten trotz Corona-Krise

Zahl der Insolvenzverfahren in Hannover hat sich stark verringert / Kommt die Welle nach der Bundestagswahl?

Von Karl Doeleke

Hannover. Trotz der Corona-Krise haben Unternehmen in Hannover bis Ende August signifikant weniger Insolvenzen angemeldet als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. „Der Rückgang ist deutlich erkennbar“, sagte Carsten Knepper, Richter am Amtsgericht Hannover. Über die Gründe wollte der Gerichtssprecher nicht spekulieren. Es gebe darüber keine Statistik. Genaue Zahlen nannte die Insolvenzabteilung nicht.

Der hannoversche Insolvenzverwalter Daniel Goth bestätigt die Beobachtung der Richter. „Der Rückgang bei gewerblichen Insolvenzen ist massiv.“ Auch nach dem 1. Mai habe es so gut wie keine Unternehmenspleiten gegeben – zumindest seien die Insolvenzanträge ausge-

blieben. „Das ist erstaunlich, denn man hatte mit einer Flut an Verfahren gerechnet.“

„Es ist sehr viel Geld im Markt“

Im Zuge der Pandemie hatte der Gesetzgeber im März 2020 die Pflicht für Geschäftsführer ausgesetzt, die Zahlungsschwierigkeiten ihrer Unternehmen frühzeitig öffentlich zu machen. Die Regelung wurde mehrfach bis zum 30. April 2021 verlängert. Zuletzt sollte dies Firmen mit einem Anspruch auf finanzielle Unterstützung aus einem der Corona-Hilfsprogramme schützen, die noch keine Zahlungen erhalten hatten.

Diese Hilfszahlungen sind nach Goths Einschätzung ein weiterer Grund für die vergleichsweise wenigen Firmenpleiten im Corona-Jahr 2021. „Die Hilfen hatten ja das Ziel, In-

solvenzen großflächig zu verhindern. Das ist gelungen und beileibe nicht auf Gastronomie und Hotels beschränkt. Es ist sehr viel Geld im Markt.“

Als dritten maßgeblichen Grund nennt Insolvenzverwalter Goth die Zurückhaltung von Finanzämtern und Sozialversiche-

rungsträgern. Diese stellten normalerweise den größten Teil der Fremdsolvenzanträge, wenn also nicht das Unternehmen selbst seine Zahlungsschwierigkeiten anzeigt, sondern ein Gläubiger. „Die Finanzämter haben in großem Maße Steuerschulden gestundet“, sagt Goth.

Doch damit dürfte es nach Einschätzung des Insolvenzverwalters bald vorbei sein. „Die Zurückhaltung der Finanzämter war politisch gewollt. Nach meinen Informationen sind die Finanzämter angewiesen, die Stundungsfälle jetzt kritisch zu überprüfen.“ Das könnte zum Problem für einige Unternehmen werden. „Denn die Schulden auf Steuern und Sozialbeiträge sind ja noch da.“ Sollten die Finanzämter diese demnächst fällig stellen, „könnte es nach der Bundestagswahl eine Insolvenzwelle geben“, meint Goth.

Ganz anders als bei den Unternehmen ist die Situation seinen Angaben zufolge bei den Privatinsolvenzen. Bei Zahlungsschwierigkeiten vor allem von Verbrauchern „haben wir einen erheblichen Aufwärtstrend“.



Die Corona-Krise hat den Handel stark belastet – doch auch wegen der Staatshilfen halten sich die Insolvenzen in Grenzen. FOTO: OLIVER BERG/DPA